

Endgültige Version

Fondation Jean Monnet pour l'Europe

Interview mit Herrn Dr. von der Groeben

am 15. Dezember 1983 in Rheinbach

Interviewer: Dr. Hanns Jürgen Küsters

Abschrift der Tonbandaufzeichnung

Korrigiertes Manuskript

Biographische Angaben zu
Dr. rer. pol. h. c. Hans von der Groeben:

Geboren 14. Mai 1907 in Langheim; Vater: Georg von der Groeben; Mutter: Eva, geb. von Mirbach; verheiratet;
Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an den Universitäten Berlin, Bonn und Göttingen;
Oberregierungsrat im Reichsernährungsministerium;
nach dem Kriege Regierungsdirektor im niedersächsischen Finanzministerium bis 1952; 1952-1958 Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium, 1958-1970 Mitglied der Kommission der EWG, ab 1967 der EG;
seit 1970 wissenschaftlich mit Fragen der europäischen Integration beschäftigt.

Dr. K.: "Herr Dr. von der Groeben, zunächst möchte ich mich im Auftrage der Fondation Jean Monnet recht herzlich für Ihre Bereitschaft bedanken, zu einem Gespräch über das politische Wirken und Denken Jean Monnets zur Verfügung zu stehen. Vielleicht beginnen wir unser Gespräch damit, daß Sie etwas zu Ihrer persönlichen Einschätzung über Jean Monnet und seine Charakterisierung sagen."

Dr. v.d.G.: "Ich wurde im Jahre 1952 nach Bonn ins Bundeswirtschaftsministerium berufen, um dort das Generalreferat für den Schuman-Plan zu übernehmen. In dieser Eigenschaft entsandte mich die Bundesregierung zu einer Vorbesprechung der Regierungen der Mitgliedstaaten in Scheveningen vor Inkrafttreten des Montanvertrages. Hier traf ich zum erstenmal mit Jean Monnet zusammen. Ich habe damals aber keine Gelegenheit gehabt, mit ihm zu sprechen, da meine Aufgabe darin bestand, mit den anderen Regierungen die Vorbereitungen für das Inkrafttreten des Schuman-Planes zu erörtern. Soweit ich mich erinnere, habe ich ihn dann Anfang August 1952 bei der feierlichen Inkraftsetzung des Schuman-Planes in Luxemburg gesehen.

Herr Monnet war in dieser ersten Zeit etwas zögerlich, in engere Verbindung mit den hohen Beamten der Mitgliedstaaten zu treten. Er zog es vor, mit den Ministern selbst zu verhandeln, so daß es eine gewisse Zeit dauerte, bis ich auch in nähere persönliche Beziehungen zu ihm kam. Unter dem Einfluß von Vizepräsident Etzel, den ich vor Inkrafttreten des Vertrages und auch nachher ständig beraten habe, sah Monnet ein, daß eine enge Verbindung mit den hohen Beamten der Mitgliedstaaten die Sache, die er mit großer Verve vertrat, nur fördern konnte. So wurde ich dann auch mehrfach in sein Haus in Bad Mondorf eingeladen. Monnet war zweifelsohne eine eindrucksvolle und bedeutende Persönlichkeit. Sein Auftreten, die Eindringlichkeit seiner Argumentation und auch seine persönliche Liebenswürdigkeit beeindruckten jeden Gesprächspartner. Wir hatten viel von ihm gehört. Ich hatte ja an den Verhandlungen des Schuman-Planes nicht teilgenommen, wurde aber über seine Rolle durch die Teilnehmer an diesen Verhandlungen und durch

Kollegen des Auswärtigen Amtes und des Bundeswirtschaftsministeriums ins Bild gesetzt. Daraus ergab sich für mich das Bild eines überzeugten Europäers, der mit dem Eintreten für die europäische Integration auch der französischen Sache nützlich sein wollte."

Dr. K.: "Wenn ich da einmal unterbrechen darf? Sie sprachen gerade davon, daß Monnet eine gewisse Reserviertheit gegenüber Beamten der Mitgliedstaaten hatte. Meinen Sie, daß das damit auch zusammenhing, daß sich Monnet zunächst dagegen gesträubt hatte, in Verhandlungen über den Schuman-Plan einen Ministerrat zu konstituieren? Ich möchte damit auch überleiten zu den Integrationsverhandlungen, die Jean Monnet in dieser Zeit hatte. Wie würden Sie diese bewerten?"

Dr. v.d.G.: "Ich möchte zu Ihrer ersten Frage sagen, daß es weniger die Erinnerung an seine ursprüngliche Haltung, die der Einsetzung eines Ministerrats skeptisch gegenüberstand, war, als vielmehr seine Einstellung zu der Rangordnung der Hohen Behörde. Er wollte die Hohe Behörde als gleichberechtigt mit den nationalen Regierungen installieren. Als Präsident der Hohen Behörde war er deshalb der Meinung, daß ihm das Gespräch mit den Ministern besser anstünde als Verhandlungen mit der hohen Beamtenschaft. Diese Haltung zeigte sich auch in den ersten Jahren der Montanunion und machte uns einige Schwierigkeiten. Ich erinnere mich da an einen Vorgang, der dafür sehr bezeichnend ist: Es ging im Ministerrat um die Frage, ob die Umsatzausgleichssteuern ebenso behandelt werden sollten wie die Zölle. Dies war die Meinung der deutschen Stahlindustrie, während die Hohe Behörde auf dem gegenteiligen Standpunkt stand. Die Verhandlungen im Ministerrat waren recht lebhaft. Monnet brach sie dann mit den Worten ab: Die Hohe Behörde wird sich zurückziehen und eine Entscheidung treffen. Worauf die Minister eine erhebliche Zeit, und zwar nachts, auf die Entscheidung der Hohen Behörde warten mußten. Dies trug nicht zur Verbesserung des Klimas bei und hat bei einigen Ministern ein gewisses Trauma hinterlassen, z. B. bei Staatssekretär Dr. Westrick, der damals die Bundesrepublik vertrat. Sie sehen also daraus, daß es bei Monnet mehr grundsätzliche

Erwägungen waren als etwa persönliche Zurückhaltung. Ich kann nur sagen, daß er, nachdem diese Phase überwunden war, ein außerordentlich liebenswürdiger Gastgeber und Gesprächspartner war."

Dr. K.: "Zum Integrationskonzept - wenn ich da noch einmal nachfragen darf -. War es eigentlich damals richtig, vom Grundsätzlichen her jetzt gefragt, die Integration auf dem Wege der Teilintegration oder Sektorintegration, wie sie späterhin genannt wurde, anzugehen, also zunächst einmal zwei oder drei Bereiche, hier Kohle und Stahl und Schrott herauszunehmen, um dort die Einigungsbewegung voranzubringen, oder wäre es vielleicht nicht besser gewesen, wenn man schon von vornherein die Integration gesamtwirtschaftlich angegangen wäre?"

Dr. v.d.G.: "Also wirtschaft gesehen, jedenfalls für einen Marktwirtschaftler, war die Konzeption des Schuman-Planvertrages wenig überzeugend. Politisch gesehen war es wahrscheinlich die Möglichkeit, überhaupt in den Integrationsprozeß einzusteigen. Wie wir alle wissen, war es eine Kombination zwischen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Gründen, die zu der Initiative Schumans geführt hatten, und es leuchtete auf den ersten Blick sowohl den Politikern in Frankreich als auch in anderen westeuropäischen Staaten ein, daß man mit dem Energieträger Kohle und mit dem ja sehr wichtigen Fachbereich Stahl einen Anfang machen sollte, um in Zukunft Auseinandersetzungen, Diskriminierungen usw. auf diesem Gebiet zu vermeiden. Meine Antwort geht somit dahin, daß - wenn man die geschichtliche Entwicklung betrachtet und die Imponderabilien, die beachtet werden müssen - dieser Einstieg in eine Teilintegration verantwortet werden konnte. Eine ganz andere Frage ist es natürlich, ob sich dieses Konzept auf die Dauer als tragfähig erweisen würde. Und hier setzten die Zweifel in der Bundesrepublik und auch bei mir selbst schon sehr früh ein und führten uns zu Überlegungen, in welcher Weise man die Integration fördern könnte. Dies wurde natürlich dann zu der Zeit besonders akut, als die zweite Teilintegration, nämlich die europäische Verteidigungsgemeinschaft, geschei-

tert war. Man mußte sich nun überlegen, ob und wie der Integrationsprozeß überhaupt weitergeführt werden konnte. Hier kann ich eigentlich erst von einem gewissen Gegensatz oder zumindest doch einem tiefgreifenden Unterschied in den Auffassungen zwischen Jean Monnet einerseits und den Auffassungen, die von mir und anderen in der Bundesrepublik vertreten worden sind, feststellen. Soweit wir unterrichtet sind, hat Jean Monnet immer wieder den Gedanken vorgetragen und ihn auch propagiert, die Teilintegration des Schuman-Planes durch weitere Teilintegrationen, zum Beispiel im Energiebereich, der Atomenergie, auf dem Verkehrsgebiet usw. voranzutreiben. Im Bundeswirtschaftsministerium bestand vollkommene Einigkeit darüber, daß die Teilintegration auf die Dauer nicht lebensfähig sein würde. Die Meinungen zwischen dem Herrn Bundeswirtschaftsminister und mir gingen allerdings insoweit auseinander, als ich der Auffassung war, daß man auch eine Gesamtintegration institutionell stark untermauern müßte, während der Bundeswirtschaftsminister dieser Vorstellung sehr skeptisch gegenüberstand. Das Auswärtige Amt, in dem ja der spätere Botschafter in Belgien und Ständige Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften, Professor C. F. Ophüls, eine maßgebende Rolle spielte, war weniger negativ der Teilintegration gegenüber eingestellt, mußte aber der Auffassung des Bundeswirtschaftsministeriums Rechnung tragen. Das Auswärtige Amt fand sich schließlich mit dem von mir und meinen Mitarbeitern erarbeiteten Kompromiß, die funktionale Gesamtintegration durch handlungsfähige Institutionen abzusichern, ab, da es auf diese Weise den institutionellen Ansatzpunkt für eine spätere politische Entwicklung erhalten sah. Soweit also unsere Auffassung, die jedenfalls, was das Bundeswirtschaftsministerium anbelangt, in einem erheblichen Gegensatz zu den Auffassungen von Monnet stand."

Dr. K.: "Wie ist damals der Rücktritt Monnets vom Amt des Präsidenten in der Bundesrepublik aufgefaßt worden? Vielleicht darf ich dazu einfügen, daß bei dem Besuch, den der damalige Präsident der Gemeinsamen Versammlung, der Italiener Giuseppe Pella im Januar 1955 in Bonn absolvierte, Adenauer gegenüber mit dem Gedanken spielte, Monnet zu

überreden, im Amt zu bleiben. Adenauer trat mit Vehemenz dafür ein, weil er glaubte, es würde der europäischen Integrationssache, wie er es nannte, großen Schaden zufügen, wenn ein so bekannter Mann wie Monnet, der eine gewisse Leitfunktion in der Europabewegung auch zu dem damaligen Zeitpunkt schon hatte, von diesem Posten zurückträte, zumal also die weitere Integration - abgesehen von dem Bereich der militärischen Integration, der durch die Pariser Verträge geregelt worden war - die Integration im Bereich der Wirtschaft, der Energie vollkommen ungeklärt war. Von daher die Frage: Wie wurde es aufgegriffen im Bundeswirtschaftsministerium?"

Dr. v.d.G.: "Es ist etwas schwierig, vom Bundeswirtschaftsministerium als einer Einheit zu sprechen. Ich möchte annehmen, daß das Scheitern des EVG-Vertrages und der Stillstand der Sechserintegration angesichts der Einstellung des Bundeswirtschaftsministers Erhard keine so große Trauer bei der Leitung des Hauses hervorgerufen haben. Ich selbst befand mich mit meinen Mitarbeitern natürlich in einer etwas anderen Situation. Wir waren nicht nur mit der Ausführung des Schuman-Plans beauftragt, sondern auch Anhänger einer doch stark institutionalisierten und auf ein politisches Ziel ausgerichteten Integration der Sechs, wobei wir natürlich hofften, daß die Sechs später durch andere Länder ergänzt werden würden. Also bei uns löste ohne Zweifel das Scheitern des EVG-Vertrages und auch der dann erfolgte Rücktritt von Monnet einen Schock aus. Wir sahen dies als eine Belastung für den weiteren Integrationsprozeß an. Ich kann allerdings nicht sagen, daß wir den Integrationsprozeß mit der Person Monnets identifiziert hätten. Uns schien die Tatsache, daß es die Montanunion gab, doch eine gewisse Garantie dafür zu sein, daß in irgendeiner Weise, vielleicht auch mit anderen Personen, eine Weiterentwicklung möglich sein würde. Sie haben Bundeskanzler Adenauer genannt - ich selbst habe aus dieser Zeit keine unmittelbare Bestätigung dessen, was Sie gesagt haben, möchte aber nach dem allgemeinen Zusammenhang annehmen, daß er so, wie Sie das geschildert haben, gedacht hat. Nun war Monnets Rücktritt insofern für die weitere Entwicklung von erheblicher

Bedeutung, als die Konferenz von Messina, die eine so große Rolle für die Weiterentwicklung gespielt hat, angesetzt war, um die Vakanz in der Präsidentschaft der Hohen Behörde zu beenden und einen neuen Präsidenten zu bestellen. Insofern hat Monnet indirekt auch mit den Antrieben für die weitere Entwicklung gegeben. Es ist ferner durchaus richtig, und Sie haben das ja auch in Ihrem Buch eingehend beschrieben, daß Monnet bei den Vorverhandlungen zu Messina besonders in Besprechungen mit Spaak, ich glaube auch mit Beyen, eine erhebliche Rolle gespielt und sehr gedrängt hat, die Dinge weiterzuentwickeln, wobei er - soweit ich es beurteilen kann - bei seiner Konzeption einer weiteren additiven Teilintegration geblieben ist und dementsprechend auch in den Wochen und Monaten, die darauf folgten, bis in das Jahr 1957 hinein, das Schwergewicht bei der Atomgemeinschaft sah. Es ist vielleicht ganz interessant, hinzuzusetzen, daß ihm die Vorstellung eines allgemeinen Gemeinsamen Marktes nicht sehr einsichtig erschien. Monnet war ein Mann, der in sehr konkreten Zusammenhängen dachte. Er versuchte, sich klarzumachen, welche Probleme ungelöst waren oder jedenfalls von den Nationalstaaten nicht mehr zureichend gelöst werden konnten, und versuchte dann, eine Organisation aufzubauen und Methoden anzuwenden, um diese Probleme besser lösen zu können. Dabei neigte er, wie wir schon gesagt haben, sehr dazu, die Dinge zu isolieren, in der nach meiner Auffassung - irrigen Auffassung -, daß man sie dann leichter bewältigen könnte. Während wir der Meinung waren, daß man den Gesamtzusammenhang des wirtschaftlichen Geschehens und der Wirtschaftspolitik sehen muß und daß es zwar möglich war, eine Teilintegration wie Kohle und Stahl zunächst einmal in Gang zu setzen, daß aber diese Methode auf weitere Bereiche angewandt mit Sicherheit in eine Sackgasse geführt hätte."

Dr. K.: "Wenn ich dazu noch ein Zitat aus seinen Memoiren anführen darf, und zwar schreibt er in puncto Institutionen, weil es von Ihnen auch angesprochen wurde: 'Die Erfahrung eines jeden einzelnen Menschen beginnt von vorne. Nur die Institutionen werden klüger. Sie sammeln die kollektive Erfahrung und durch diese Erfahrung und diese

Klugheit erleben die Menschen, die den gleichen Gesetzen unterworfen sind, zwar nicht, wie ihre Natur sich ändert, aber wie ihr Verhalten sich umbildet.' Hat Monnet, so klingt es ja, er zitiert hier in diesen Worten einen schweizer Philosophen, hat Monnet wirklich in der Weise so stark an Institutionen geglaubt und gemeint, daß durch die Institutionalisierung eines Ausschusses Probleme internationaler Art unmittelbar gelöst werden könnten? Hat nicht die Erfahrung gezeigt, daß oftmals zu viele Ausschüsse unfähig sind, Probleme zu lösen?"

Dr. v.d.G.: "Ich persönlich würde dem Zitat von Monnet voll zustimmen. Allerdings unter der sehr einschneidenden Voraussetzung, daß die Institutionen so angelegt sind, daß sie in der realen Geschichte, in dem Gesellschafts- oder Wirtschaftssystem, das wir haben, in der Lage und legitimiert sind, Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Die Gründung einer Institution, die nicht greift, weil sie außerhalb der praktischen Möglichkeiten angesiedelt ist, bringt uns überhaupt nicht weiter. Ich habe deswegen immer auf dem Standpunkt gestanden, daß man Funktionalismus und Institutionalismus nicht voneinander trennen kann. Im Sinne dessen, was Monnet gesagt hat, ist eine Institutionalisierung, dem Erreichten Dauerhaftigkeit zu verschaffen. Außerdem ist es auch sicherlich richtig, daß sich eine Institution, wenn sie einmal gegründet ist und im politischen Kräftefeld arbeiten kann, daß sie dann Eigenständigkeit gewinnt, besonders, wenn sie durch handlungskräftige Organe vertreten ist, ihrerseits als neuer Aktionsfaktor die Entwicklung beeinflussen kann. Insofern würde ich also sagen, daß der Unterschied zwischen Institutionalisten und Funktionalisten, um einmal diese vereinfachte Nomenklatur anzuwenden, weniger ein Unterschied in der Sache selbst ist als ein Unterschied in den Prioritäten. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß Monnet der Auffassung war, daß die Schaffung von Institutionen Priorität hatte, dabei hat er nach meiner Auffassung die funktionalen Zusammenhänge nicht immer richtig gesehen."

Dr. K.: "Monnets Denken über Integrationsmethode unterlag

natürlich im Laufe der Jahre und aufgrund der Erfahrungen, die man sammelte, gewissen Veränderungen. So formulierte er gegen Ende der fünfziger Jahre/Anfang der sechziger Jahre die Integrationsmethode als dasjenige, was zunächst zu bestimmen sei. Man müsse hingehen und versuchen, was für die Gesamtheit der in der Gemeinschaft vereinigten Länder gut sei, zu bestimmen und dann zu ermessen, wieviel Anstrengungen dieser oder jener im einzelnen aufzubringen habe, ohne wie in der Vergangenheit, vergeblich, so oftmals man sich bemühte, punktuell einen Ausgleich zu suchen. D. h. also, man versucht, zunächst den Konsens in den Vordergrund zu stellen und setzte eigentlich voraus, daß ein gemeinsamer politischer Wille vorhanden ist. Das war bezeichnend für die Integrationsverhandlungen Mitte der fünfziger Jahre, bezeichnend auch vielleicht für Versuche Anfang der sechziger Jahre. Ist das eigentlich heute auch noch der Fall?"

Dr. v.d.G.: "Ich meine, hier muß man auch nuancieren, wenn Sie die Frage nach der heutigen Situation stellen, so meine ich, daß immer noch eine starke Bereitschaft in der Bevölkerung, in den führenden Gruppen vorhanden ist, Integrationsentscheidungen, die von den Regierungen, den Staatschefs usw. getroffen werden, zu akzeptieren, auch wenn sie vielleicht kurzfristigen nationalen Interessen nicht unbedingt oder offensichtlich entsprechen. Eine andere Frage ist allerdings, ob sich eine europäische Bewegung oder eine Europaideologie entwickelt hat, die etwa der nationalstaatlichen Ideologie des 19. Jahrhunderts, insbesondere in Italien und der Bundesrepublik, vergleichbar ist. Damals ging, soweit ich sehe, von dieser Nationalstaatsideologie, die sich allerdings mit der freiheitlichen, demokratischen und Rechtsstaats-Auffassungen verbunden hatte, ein starker Antrieb der führenden Gruppen der Völker auf die politischen Akteure aus. Man könnte sagen, daß auch Bismarck und Cavour ohne diesen Antrieb die realpolitischen Schritte zu der Einigung Italiens und Deutschlands schwerlich hätten tun können. Dieses Antriebsmoment sehe ich für Europa zur Zeit nicht. Die Dinge liegen eben heute

so, daß es im wesentlichen rationale Erwägungen sind, die für die Weiterführung oder auch für die Stagnation des Integrationsprozesses maßgebend sind. Daraus ergibt sich, daß man auf das, was Monnet darüber gesagt hat, doch sehr nuanciert antworten muß und keine generelle Antwort geben kann."

Dr. K.: "Wenn wir vielleicht auf die Zeit der Verhandlungen über die Römischen Verträge noch einmal zurückkommen, so zeigte sich ja schon in den Bemühungen Monnets, das Aktionskomitee zu gründen, daß es ihm zunächst darauf ankam, den Euratomvertrag zu unterzeichnen. Vor allem aus dem Grunde, weil er nicht daran glaubte, daß beide Verträge, der Euratomvertrag und der EWG-Vertrag, zur gleichen Zeit Mehrheiten in den sechs Parlamenten finden würden. Wie war damals die Situation in der Bundesregierung nach den erfolgreichen Verhandlungen in Venedig 1956, wo der von Ihnen mitformulierte Spaak-Bericht zur Verhandlungsgrundlage der Regierungsverhandlungen bestimmt wurde. Monnet hat doch in dieser Zeit sehr vehement auch bei Adenauer interveniert."

Dr. v.d.G.: "Auch hier wird man wahrscheinlich, was die Bundesrepublik anlangt, keine zu verallgemeinernde Antwort geben können. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Bundeswirtschaftsministerium, und zwar gilt das sowohl für die Leitung wie für die Schuman-Plan-Abteilung, keine Neigung bestand, Euratom oder etwas Ähnliches, es war damals noch nicht konkretisiert, zu akzeptieren, ohne gleichzeitig den gesamtwirtschaftlichen gemeinsamen Markt zu bekommen. Wie die innere Einstellung des Auswärtigen Amtes, insbesondere von Professor Ophüls, gewesen ist, kann ich nicht genau sagen. Ich neige dazu, zu meinen, daß Professor Ophüls auch bereit gewesen wäre, sich zunächst mit Euratom zu begnügen in der Hoffnung, daß sich dann eine weitere Entwicklung vollziehen würde. Das Auswärtige Amt hat diesen Standpunkt aber in den Verhandlungen nicht vertreten, weil es sich darüber klar war, daß es damit einen Dissens mit dem Bundeswirtschaftsministerium heraufbeschwören würde, der der ganzen Sache nur schädlich sein konnte. Mir ist natürlich bekannt, daß Monnet die Befürch-

tung hatte, daß der EWG-Vertrag keine Mehrheit im französischen Parlament finden würde; man kann auch nicht leugnen, daß es im Sommer 1956 in dieser Beziehung nicht besonders günstig aussah. Er hat deswegen nicht nur bei Adenauer interveniert, sondern auch bei anderen in dem Sinne Beteiligten, doch zunächst einmal den Euratom-Vertrag voranzutreiben und den EWG-Vertrag zurückzustellen, wobei mir nicht ganz klar ist, ob er an eine sukzessive Lösung gedacht hat oder ob er den EWG-Vertrag zunächst einmal vertragen wollte, bis der Euratom-Vertrag im französischen Parlament ratifiziert sein würde. Auf mich wurde durch den engsten Mitarbeiter von Monnet, Max Kohnstamm, dahin eingewirkt - ich war ja damals Präsident der Arbeitsgruppe Gemeinsamer Markt im Rahmen der Regierungsverhandlungen -, doch die Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt zumindest nicht zu beschleunigen oder sogar zu verzögern, um der Monnetschen Konzeption Rechnung zu tragen. Ich konnte mich damit nicht einverstanden erklären, weil ich erstens sachlich anderer Meinung war und zweitens befürchten mußte, daß dann das gesamte Integrationsprojekt scheitern würde. Ich habe mich deswegen sowohl bei Etzel wie auch in Bonn sehr energisch dafür verwandt, daß die Bundesregierung bei dem Junktim bleiben sollte. Wir hatten dann nach der Suez-Krise die Genugtuung, daß auch die französische Regierung etwa Ende November/Anfang Dezember auf diese Linie einschwenkte und uns mitgeteilt wurde, daß die französische Regierung bereit wäre, beide Verträge dem französischen Parlament zur Zustimmung und späteren Ratifizierung vorzulegen."

Dr. K.: "Wenn ich vielleicht noch einen Schritt in der Chronologie nach rückwärts tun darf? Es wird ja oftmals berichtet, Monnet habe mit seinen Mitarbeitern maßgeblich am Spaak-Bericht mitgewirkt. Es ist hier richtig, daß einer der engsten Vertrauten Monnets, und zwar Pierre Uri, unter anderem beauftragt war, diesen Spaak-Bericht zunächst auszuarbeiten. Aus welchen Gründen wurden Sie hinzugezogen und an dieser Ausarbeitung beteiligt? Und, welcher Einfluß ist denn von seiten Monnets auf die Formulierung des

Spaak-Berichts genommen worden?"

Dr. v.d.G.: "Also historisch gesehen hat sich die Sache so abgespielt, daß Spaak, der ja Präsident der Vorverhandlungen war, etwa im Oktober 1955 feststellte, daß die von den verschiedenen Arbeitsgruppen vorgelegten EntschlieBungen zwar sehr eindrucksvoll und interessant und zum Teil auch weiterführend waren, daß sie sich aber für den Beginn von Regierungsverhandlungen, die ihm ja vorschwebten, nicht eigneten, weil die Geschlossenheit noch fehlte und sich auch die Dinge überschnitten, Wichtiges mit Unwichtigem vermischt war und so weiter. Er kam deswegen auf den Gedanken, selbst die Initiative zu ergreifen und zusammen mit wenigen hohen Vertretern der Mitgliedstaaten ein geschlossenes Konzept vorzulegen. Dies ist eine der großen integrationsträchtigen Taten von Spaak, ich glaube, man kann diesen Entschluß nicht hoch genug einschätzen für die spätere positive Entwicklung. Da er selbst natürlich als Außenminister den schwierigen Integrationsproblemen nicht so nahe stand, wie nun diejenigen, die sich damit von Amtswegen oder auch nach Neigung beschäftigt hatten, suchte er nach Leuten, die ein solches Konzept ausarbeiten konnten und stieß dabei, und ich glaube, daß Monnet ihn empfohlen hatte, auf Pierre Uri, der damals noch Direktor bei der Hohen Behörde war und früher einer der engsten Mitarbeiter Monnets im Planungskommissariat und später in der Hohen Behörde. Spaak war sich darüber klar, daß er diesen seinen brain trust, wenn man es so ausdrücken darf, durch einen deutschen Vertreter auch ergänzen mußte. Benelux war durch den Generalsekretär des belgischen Wirtschaftsministeriums, Baron Snoy, repräsentiert. Ich wurde ihm von verschiedenen seiner Mitarbeitern empfohlen, die mich in den Vorverhandlungen kennengelernt hatten - Spaak hatte sich im übrigen auch selbst einmal meine Ausführungen in den Vorverhandlungen angehört -, so daß schließlich Uri und ich beauftragt wurden, Entwürfe vorzulegen, die dann jeweils von den sechs Botschaftern oder bevollmächtigten Vertretern der Mitgliedstaaten unter seinem Vorsitz diskutiert wurden. Wir nahmen dann Notiz von den verschiedenen Einstellungen,

und nachdem dieses Verfahren etwa 4 Monate gedauert hatte, hatten wir genügend Material an der Hand, um einen Gesamtbericht zu schreiben. Dies geschah in Cap Ferrat. Spaak wollte, daß wir möglichst weit von Brüssel entfernt an die Arbeit gingen, damit keine hindernden Einflüsse stattfinden konnten; der Bericht wurde im April 1956 fertiggestellt. An dem Atomteil dieses Berichtes war ich verhältnismäßig wenig beteiligt, nur in der ersten Phase, weil mir diese Fragen nicht so geläufig waren wie die Fragen des Gemeinsamen Marktes. Es wurde dann in der zweiten Phase der Aufstellung dieses Berichtes noch ein weiterer deutscher Beamter hinzugezogen, nämlich Hädrich, der dann mit Uri den Atomteil des Spaak-Berichtes ausgehandelt hat. Wenn Sie nun gefragt haben, welchen Einfluß Monnet auf den Inhalt des Spaak-Berichtes genommen hat, so glaube ich mich nicht zu täuschen, daß dieser Einfluß materiell verhältnismäßig gering gewesen ist. Sicherlich stand Uri in ständiger Verbindung mit Monnet. Aber erstens war ja Monnet ohnehin der Gesamtintegration, also der Vorstellung eines Gemeinsamen Marktes, nicht sehr geneigt, und zweitens waren ihm - genauso wie Spaak - die Einzelheiten, die auf dem Gebiete der Zollunion und der vier Freiheiten, der Wettbewerbspolitik, der Außenwirtschaftspolitik und so weiter nicht so vertraut, daß er in die Struktur oder auch in die Einzelheiten hätte eingreifen können. Ich nehme an, daß er sich Uri gegenüber immer für eine Erhaltung des institutionellen Systems der Montanunion eingesetzt hat, aber da bedurften wir - wenn ich so sagen darf - keines besonderen Antriebes, sondern sowohl Uri als auch ich waren davon überzeugt, daß ein europäischer gemeinsamer Markt ohne schlagkräftige Institutionen, deren Zuständigkeiten aus politischen Gründen allerdings auf Teilbereiche beschränkt werden mußten, nicht funktionieren konnte. Wir haben uns im Spaak-Bericht, ohne das nun besonders herauszukehren, doch stark von der institutionellen Konstruktion des Montanvertrages, leiten lassen."

Dr. K.: "Wann, würden Sie meinen, hat Monnet sich vollends auch politisch hinter den EWG-Vertrag gestellt?"

Dr. v.d.G.: "Mit der Ratifizierung. Monnet war ja Politiker. Ich bin davon überzeugt, daß er - nachdem die Sache im französischen Parlament gutgegangen war - die großen Vorteile des Junktims gesehen hat. Jedenfalls hat er sich sowohl - was seine Person und das Aktionskomitee anlangt -, vom ersten Tage an voll hinter die Lösung der Römischen Verträge gestellt und hat zweifelsohne sehr viel dazu beigetragen, daß etwaige Widerstände oder Zögerungen, wie sie zum Beispiel bei den deutschen Sozialdemokraten, obgleich sie ja für den Vertrag gestimmt hatten, immer noch vorhanden waren, ausgeräumt wurden. Er hat sein Aktionskomitee voll dafür eingesetzt. Das ist vielleicht die Gelegenheit, noch ein Wort über das Aktionskomitee zu sagen. Ich selbst habe bei der Ausarbeitung des Vertrages und später als Mitglied der Kommission im täglichen Geschäft gestanden. Wir, die Kommission, unter dem sehr aktiven Hallstein, bedurften keines Antriebs von außen, um das, was im Vertrage angelegt war, nun auch durchzuführen. Aber selbstverständlich war die Kommission in sehr weitgehendem Umfange angewiesen auf die Mitwirkung der Regierungen und auf die Akzeptierung durch die führenden Gruppen, insbesondere die Parteien, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften. So war es nicht nur nützlich, sondern in gewisser Weise notwendig, daß hier eine starke Aktivität - vielleicht kann man sogar sagen Propaganda - entfaltet wurde. Und hierfür war in der Tat Monnet nicht nur der richtige Mann, sondern hat außerordentlich effektiv gewirkt, so daß für die Inkraftsetzung des Vertrages für das Leben der Gemeinschaft seine Tätigkeit und die Tätigkeit des Aktionskomitees von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen ist."

Dr. K.: "Wenn ich mal generell nach den Gründen fragen darf, warum kann ein Mann, der seit 1955 in keiner Weise mehr ein offizielles politisches Amt innehat, jedoch im Hintergrund an der Vorbereitung und Durchführung politischer Entscheidungen beteiligt ist, eine solche Rolle international spielen?"

Dr. v.d.G.: "Erstens war ja seine politische Vergangenheit immerhin schon recht bedeutsam. Im einzelnen kann ich mich

nicht erinnern, er hat doch aber schon vor dem Kriege und während des Krieges in dem englisch-amerikanischen Office eine sehr entscheidende Rolle gespielt. Er war auch in Verbindung mit de Gaulle gewesen, er war nach dem Kriege Plankommissar, er hat dann als engster Berater von Schuman die europäische Initiative geplant, und er war schließlich lange Jahre Präsident der Hohen Behörde, also der ersten Behörde, die die Integration gewissermaßen repräsentierte. Insofern hatte er schon eine Vergangenheit, die ihm ein erhebliches Prestige bei seinen Mitbürgern und auch bei den Staatsmännern befreundeter Staaten sowohl in Nordamerika als auch in Westeuropa verschafft hat. Darüber hinaus war er eben ein Mann, der sehr überzeugt war von der europäischen Sache und der diese Sache als sein Lebenswerk ansah. Dabei würde ich meinen, daß er sehr weitblickend die politische Situation, in der sich Westeuropa befindet, gesehen hat und der Überzeugung war, daß auf die Dauer, angesichts des Kräfteverhältnisses in der Welt, die westeuropäischen Staaten nur eine Zukunft haben würden, wenn sie sich eng zusammenschließen. Man sprach davon, sie sollten außenpolitisch mit einer Stimme sprechen, sie sollten - was die Wirtschaft anlangt - sich auf einen großen Markt stützen können, sie sollten politisch und auch in allen sonstigen Gebieten eng zusammenarbeiten. Sicherlich ist in dieser Phase Monnet sich auch darüber klar gewesen, daß er damit gleichzeitig auch ein französisches Interesse vertrat. Er war bestimmt kein vaterlandsloser Geselle im Sinne der Sprüche von de Gaulle, sondern er war auch hier weitblickend und sah, daß die wirtschaftlichen und militärischen Kräfte Frankreichs in dieser neuen Welt nicht ausreichen würden, um das Potential, das Frankreich in kultureller Beziehung und auch in politischer Beziehung darstellt, in der Weltpolitik oder auch nur in Europa zum Tragen zu bringen. Also bei ihm verband sich in äußerst glücklicher Weise einerseits politische Weitsicht, und andererseits aber die Erkenntnis der heute noch sehr bedeutsamen Rolle der Nationalstaaten."

Dr. K.: "Wenn man auf der anderen Seite sieht, was aus

diesem Integrationsprozeß geworden ist, zumindest wenn man die Ideen vergleicht, die damals propagiert wurden und mit dem vergleicht, was Realität geworden ist, so muß man ja doch Monnet bescheinigen, daß er irgendwo ein Utopist gewesen ist, zu meinen, daß jahrhundertlang gewachsene nationalstaatliche Denktraditionen nun innerhalb kürzester Zeit abzubauen bzw. vollends zu eliminieren sind. War das aus heutiger Sicht eigentlich der große Fehlschluß der damaligen Jahre?"

Dr. v.d.G.: "Für mich ist es natürlich etwas schwierig, nun zu Fragen Stellung zu nehmen, die eigentlich nur jemand beurteilen kann, der die inneren Beweggründe Monnets besser gekannt hat als ich es tue. Ich habe ihn zwar häufig gesehen, aber nicht zu seinen intimen Freunden oder Beratern gehört. Soweit ich es beurteilen kann, würde ich sagen, daß Monnet kein Utopist war. Ebenso wie bei Schuman ist in seinen Auffassungen immer wieder die Vorstellung, die stufenweise Entwicklung zu finden. Ich glaube also nicht, daß er, wie bestimmte idealistische Föderalisten, nun der Meinung war, man könnte ziemlich schnell zu einer europäischen Föderation mit einem voll ausgebildeten demokratischen System, in dem die bisherigen Mitgliedstaaten nur noch die Rolle von unseren Ländern in der Bundesrepublik gehabt hätten, kommen. Wahrscheinlich würde er, danach gefragt, diese Frage der Zukunft überlassen haben und würde also nicht gemeint haben, daß diese Entwicklung sich sehr schnell vollziehen würde. Im übrigen ist Ihnen ja bekannt, daß auch Bundeskanzler Adenauer in der Beziehung keinen utopischen Vorstellungen nachgegangen hat. Etwas, was vielleicht Monnet - wie viele von uns auch - unterschätzt haben, daß ist die starke Wirkung des nationalstaatlichen Gedankens, auf die Bewußtseinslage auch der heutigen Menschen, auch der heutigen führenden Gruppen. Man hatte wohl vielfach angenommen, daß die schrecklichen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und das Scheitern vieler nationalstaatlicher Ambitionen, sei es in der Innen-, sei es in der Außenpolitik, die führenden Gruppen doch stärker dahin beeinflussen könnten, nun den Versuch einer größeren

Lösung im Sinne einer konföderalistischen oder föderalistischen Organisation zu machen. Man hat da sicher den religionsähnlichen Charakter der Nationalstaatsidee unterschätzt. Aber ich meine, daß bei Monnet diese ganzen Fragen nicht so stark ins Gewicht gefallen sind. Er sah die Dinge sehr stark unter rationalen Gesichtspunkten, um nicht zu sagen als ein Techniker der Politik, und glaubte, daß man bei Dingen, die offenbar nicht allein durch den Nationalstaat gelöst werden können und auch nicht nur durch völkerrechtliche Vereinbarungen, doch so vernünftig sein würde, gemeinsame Lösungen zu finden; er meinte auch, daß der Ansatz, der in der Montanunion gemacht worden ist und der später dann in der EWG in so glücklicher Weise ausgebaut werden konnte, sich würde weiterentwickeln lassen."

Dr. K.: "Vielleicht ein Wort noch zu dem Verhältnis Monnets zu Großbritannien. Monnet hat sich in den Jahren bis zum Beitritt Großbritanniens 1972 stets darum bemüht, schon anfangend bei der Verkündung des Schuman-Plans, London mit in den Integrationsprozeß einzubeziehen. Ist das nicht in vieler Hinsicht ein Fehlschluß Monnets gewesen, zu glauben, Großbritannien sei ohne Zögern bereit, sich anzuschließen?"

Dr. v.d.G.: "Dies ist auch mein Eindruck. Er hat unablässig den Versuch gemacht, auch widerstrebende oder zurückhaltende Menschen davon zu überzeugen, daß der Beitritt Großbritanniens zur EWG oder zumindest eine ähnliche Lösung unbedingt erforderlich wäre. Er meinte, daß Großbritannien bereit sein würde, wenn es einmal beigetreten wäre, nicht nur den gemeinsamen Markt, besser die EWG und Euratom, voll zu akzeptieren, sondern sich auch einer föderalistischen politischen Weiterentwicklung anzuschließen. Dies war sicherlich ein Irrtum. Zurückzuführen ist das wohl darauf, daß Monnet die tieferwurzelnden Vorbehalte der Engländer gegenüber jeder Lösung, die von ihnen ein Aufgeben der vollen Zuständigkeit oder vollen Souveränität verlangte, unterschätzte. Dies ist deswegen besonders merkwürdig, weil er ja sehr lange in England gelebt hat, die Engländer sehr gut kannte, aber daraus, soweit ich sehe, nicht die richtigen Schlüsse gezogen hat. Nun kann es

natürlich sein, daß er den Beitritt Großbritanniens für so notwendig hielt, daß er bereit war, auch große Risiken für seine ureigene Integrationskonzeption in Kauf zu nehmen. Es kommt ja häufig vor, daß man zwischen zwei Dingen, die man für wichtig hält, wählen muß - mir ist es zum Beispiel bei der Agrarpolitik so gegangen. Ich habe in der Kommission letzten Endes meinen Widerstand gegen die verfehlte Agrarpolitik von Herrn Mansholt auch nicht bis zum letzten getrieben, weil mir klar war, daß man die Gesamtintegration in Frage stellen würde, wenn man den Franzosen und den übrigen Landwirtschaftsministern nicht die entsprechenden Konzessionen machen würde."

Dr. K.: "Ein Wort noch zu der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft von 1958 - 1966. Es waren durchaus entscheidende Jahre, wo Monnet auch auf vielen Ebenen versucht hat, den Integrationsprozeß auch qualitativ voranzubringen, und es sind Bemühungen unternommen worden, insbesondere im Rahmen der Diskussionen in dem Fouchet-Ausschuß, weiter voranzukommen. Welche Rolle würden Sie Monnet in dieser Zeit zuschreiben?"

Dr. v.d.G.: "Ich habe schon gesagt, wie groß sein Einfluß auf diejenigen Kräfte waren, deren Geneigtheit für die Integration und für die Institutionen in Brüssel außerordentlich bedeutsam waren. Darüber hinaus würde ich nicht meinen, daß er direkt den Gang der Dinge zwischen 1958 und 1966 sehr stark beeinflusst hat. Sein Verhältnis zu de Gaulle war sehr getrübt. Er hatte keinen Einfluß auf die französische Regierung. Bei den anderen Regierungen und bei der Kommission hat er im Grunde im Sinne dessen, was die Kommission in diesen Jahren an Initiativen und an Vorhaben vorgeschlagen und durchgesetzt hat, gewirkt. Er hat sich - soweit ich mich erinnere, ich selbst kann auch nur vom Hörensagen sprechen - nach einigem Zögern dafür eingesetzt, den verbesserten Fouchet-Plan, wie er im Kompromißwege zustande gekommen war, anzunehmen. Er stand nicht auf dem Standpunkt der Holländer, daß man die Beteiligung der Engländer an der EWG abwarten müsse, bevor man den Vertrag unterzeichnete. Dem deutsch-französischen Vertrag hat er -

soweit ich sehe -, mit gewisser Skepsis gegenüber gestanden, wenn er natürlich das Vorhaben als solches sehr begrüßt hat; aber die Art und Weise, wie das von de Gaulle und Adenauer unternommen wurde, hat er, soweit ich das beurteilen kann, nicht gebilligt."

Dr. K.: "Können Sie etwas aus dieser Zeit, da Sie ja unmittelbar auch mit Hallstein zusammengearbeitet haben, etwas über dieses Verhältnis Hallsteins zu Monnet sagen?"

Dr. v.d.G.: "Das Verhältnis Hallstein/Monnet war - soweit ich sehe - ausgezeichnet und niemals getrübt. Wenn auch die Meinungen, zum Beispiel in der Englandfrage, sicherlich auseinandergingen. Hallstein war hinsichtlich eines frühen Beitritts (im Jahre 1962) der Engländer doch recht skeptisch. Er befürchtete, daß dadurch der innere Integrationsprozeß der Gemeinschaft behindert oder zumindest verlangsamt werden könnte. Andererseits war sich Hallstein natürlich darüber klar, daß auch in der Bundesrepublik der Ruf nach dem Beitritt Englands so stark war, daß man einen Kompromiß hätte machen müssen, wenn nicht de Gaulle dann von sich aus die Verhandlungen abgebrochen hätte. Hallstein hat selbst in der berühmten Rede vor dem Europäischen Parlament gesagt, daß man bei diesem Abbruch nicht sagen konnte, ob eine Chance bestand oder ob die Schwierigkeiten zu groß sein würden. Da könnten Differenzen gewesen sein. Hallstein hat mich nicht zum Vertrauten seiner innersten Gedanken gemacht. Unser Verhältnis war freundschaftlich, aber nicht so, daß ich sagen könnte, was er wirklich über Monnet gedacht hat. Ich kann mich nur an den äußeren Anschein halten."

Dr. K.: "Wenn man diese Zeit vielleicht resümiert und einen Ausblick auf das wirft, was sich in der Integrationspolitik in den nächsten zehn Jahren tun wird, würden Sie es für sinnvoll erachten, wenn vielleicht so etwas Ähnliches wie das Aktionskomitee fortgesetzt würde, einer Neugründung mit der Aufgabe, führende politische Köpfe in Europa zusammenzuführen, um dann auf dieser mehr unterschwelligeren, unter den Regierungschefs schweligen Ebene die Integration zu forcieren, oder hat sich ein solches Komitee eigentlich

schon erübrigt, da es mittlerweile ja, wie auch damals von Monnet mit Vehemenz gefordert, den Europäischen Rat gibt, der aber, wie jüngste Verhandlungsergebnisse in Athen zeigen, doch mittlerweile zu einem Organ der Inkompetenz und der Uneinigkeit degradiert wurde."

Dr. v. d. G.: "Man muß unterscheiden zwischen der Frage, ob die Zeit bei uns dafür reif ist, eine Bewegung zu fördern, die in stärkerem Umfange unserer Bevölkerung bewußt macht, was von dem Gelingen oder dem Scheitern des Integrationsprozesses für die Zukunft abhängt, und dem sehr aktuellen Problem, inwieweit es möglich ist oder notwendig ist, in der gegenwärtigen Situation Lösungsvorschläge für die bestehenden Aufgaben und auch für die weitere Entwicklung zu erarbeiten. Ich glaube, das erste würde Aufgabe des direkt gewählten Europäischen Parlaments sein. Nur auf diese Weise könnte die Demokratisierung vorangetrieben werden, eine bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit erfolgen und ein stärkeres Interesse für die europäischen Fragen gewonnen werden. Es sieht augenblicklich nicht so sehr danach aus. Aber es könnte ja du chaus sein, daß das Klima eines Tages umschlägt und man sich stärker dieser Fragen bewußt ist. Helfen könnte natürlich dazu auch, wenn sich die Regierungen entschließen würden, etwas Ähnliches wie die Konferenz von Messina zu veranstalten oder einen weiteren Spaak-Bericht in Auftrag zu geben, indem nüchtern unter Beachtung der Zielvorstellungen darzulegen wäre, was man in der jetzigen Situation machen kann und was im politischen Kräftefeld durchsetzbar ist. Würde eine solche, eine realistische Konzeption - also eine durchsetzbare Konzeption - vorliegen, so könnte das natürlich auch wieder auf die Antriebskräfte in der öffentlichen Meinung, bei den führenden Gruppen und so weiter zurückwirken und so die spätere Durchführung der Vorschläge erleichtern. Ob ein Komitee, das gewisserweise außerhalb dieser beiden von mir genannten Machtkreise, Parlament einerseits, Regierungen andererseits, etabliert würde, praktische Erfolge haben würde, möchte ich bezweifeln. Immerhin würde es von Bedeutung sein, wenn sich zum Beispiel mehrere Staatsmänner von Ruf zusammenfinden würden und die Regierungen in dieser Rich-

tung beeinflussen könnten. Soweit ich orientiert bin, sind derartige Bestrebungen auch im Gange. Sie sind nicht in der Weise organisiert, wie das seinerzeit Monnet mit seinem Komitee gemacht hat. Hier muß man aber sagen, daß es seiner bestrickenden und überzeugenden Persönlichkeit damals gelungen ist, in vielen Einzelgesprächen und im ständigen Bemühen diese Leute, die zum Teil widerstrebend waren, in dieses Komitee hineinzukomplimentieren und sie auch dazu zu bringen, mitzuarbeiten und Entschließungen zu fassen, die die Durchführung der Vorschläge und Maßnahmen der Kommission und der Institutionen der EWG erleichtert haben."

Dr. K.: "Die Integrationsidee, der sich Monnet und Sie auch in gewisser Weise verschrieben hatten und auch noch haben, ist also nicht tot in der Zukunft?"

Dr. v.d.G.: "Die Idee ist sicherlich nicht tot. Die Frage, ob und was sich, über das, was heute besteht, hinaus realisieren läßt, ist - wie wir eben erörtert haben - offen. Die Aufgabe dessen, was schon vorhanden ist, also des Gemeinsamen Marktes, der politischen Zusammenarbeit, der Rechtsvereinheitlichung, der Rechtsangleichung, ich möchte es im einzelnen nicht alles aufzählen, würde allerdings doch sehr große Probleme für die Nationalstaaten stellen. So wenig Verstand kann man eigentlich nicht haben, um auch das noch aufs Spiel zu setzen, was schon erreicht worden ist. Das ist, wenn man die Dinge mit den Zuständen zwischen den beiden Kriegen vergleicht, außerordentlich viel. Ich habe versucht, in der Einleitung der 3. Auflage des EWG-Kommentars, die jetzt herausgekommen ist, einmal eine Bilanz zu ziehen. Man ist überrascht, was alles erreicht worden ist. Wie die Sache weitergehen soll, ist - wie gesagt - schwer vorauszusagen. Das Dilemma besteht darin, daß jede weitere Entwicklung voraussetzt, daß die Nationalstaaten oder die Mitgliedstaaten bereit sind, ein Stück ihrer eigenen Verantwortung oder Zuständigkeit an die Gemeinschaft abzugeben und daß natürlich dann einmal der Moment kommt, wo die Quantität in die Qualität umschlägt und wo doch dann eine Entwicklung in Gang kommen

würde, die föderativen Charakter hat. Ob sich zwischen diesen beiden Anliegen einerseits, die Probleme zu lösen, andererseits aber die nationalstaatliche Verantwortung nicht völlig auszuhöhlen, auf die Dauer ein Kompromiß erzielen läßt, das kann nur die Geschichte zeigen. Ich glaube, daß ich damit Ihre Frage beantwortet habe. Ein Aufgeben des Integrationsprozesses und ein Zurückdrängen dessen, was geschehen ist, halte ich für katastrophal."

Dr. K.: "Der qualitative Sprung, vor dem man sich in der Vergangenheit zu lange gedrückt hat, muß also kommen?"

Dr. v.d.G.: "Der qualitative Sprung, ich möchte da zurückhaltend sein. Wenn man unter dem Begriff 'qualitativer oder Sprung' den Übergang zu einem Bundesstaat versteht, so bin ich nicht sicher, ob wir in den jetzigen Verhältnissen der modernen Industriegesellschaft und der Demokratie nicht nach neuen Lösungen suchen müssen, die den besonderen Verhältnissen der Zeit entsprechen, was allerdings ein hohes Maß an Einsicht und kritischem Verstand voraussetzt. Vielleicht eine Lösung, die mehr in die Richtung etwa des Schweizer Modells geht als in die Richtung des Modells der Bundesrepublik."

Dr. K.: "Herr Dr. von der Groeben, ich darf mich auch im Namen der Fondation Jean Monnet recht herzlich für dieses Gespräch bedanken."